

Die Uni Basel hätte härter durchgreifen müssen

Die beschuldigten Professoren durften ihren Job trotz Machtmissbrauch behalten. Das wirft kein gutes Licht auf die Hochschule.

Zwei Professoren der Universität Basel sollen vor einigen Jahren Studentinnen sexuell belästigt haben. Diese Redaktion sowie das SRF berichteten im November darüber, nachdem das Basler Appellationsgericht entschieden hatte, dass die Uni die Untersuchungsberichte an das Schweizer Fernsehen herausrücken muss.

Die darin geschilderten Vorfälle erschrecken: Im Fall der ehemaligen Doktorandin Petra F.* soll der beschuldigte Professor über Jahre seine Stellung als Doktorvater ausgenutzt haben, um die 18 Jahre jüngere Studentin zu sexuellen Handlungen zu überreden.

Im Fall von Claudia Z.* soll ein Professor die Studentin, die als wissenschaftliche Hilfskraft für den renommierten Akademiker arbeitete, sexuell belästigt haben. Als sie ihn zu einer Buchpublikation nach Berlin begleitete, sei es zu Annäherungsversuchen gekommen. Gegenüber dem SRF-«Kassensturz» schildert Claudia Z.: «Am letzten Abend sagte er völlig aus dem Nichts, dass er mich küssen möchte.»

Die betroffenen Frauen haben diese Vorfälle der Uni jeweils gemeldet. Pikant: Die beiden Professoren arbeiten nach wie vor an der Hochschule – für mehr als eine Abmahnung hat es seitens der Uni nicht gereicht. Das ist inakzeptabel.

Ein Professor, der seine Machtposition ausnutzt, um Studentinnen zu sexuellen Handlungen zu überreden, hat in seinem Amt nichts verloren. Eine Kündigung wäre – zumindest im Fall von Petra F. – die einzig adäquate Reaktion gewesen. Denn wie der Untersuchungsbericht zeigt, gab die Universität der Betroffenen recht: Die sexuelle Belästigung war unstrittig.

Im Fall von Claudia Z. stand laut Bericht Aussage gegen Aussage. Sollten sich die Vorwürfe der ehemaligen Studentin erhärten, ist auch der zweite beschuldigte Professor nicht tragbar und sollte entlassen werden.

Dass die Universität Basel es nicht geschafft hat, hart durchzugreifen, ist entlarvend. Gegen



Die beschuldigten Professoren sind an der Uni Basel mit einer Verwarnung davongekommen. Foto: Taddeo Cerletti

Statt klare Kante zu zeigen, lässt die Uni Basel lieber die betroffenen Studentinnen über die Klinge springen.

aussen gibt sie sich gern politisch korrekt. In ihrem «Code of Conduct» bekennt sie sich zu Gleichstellung, Diversität und Inklusion – ihren Dozierenden empfiehlt sie eine «sensible Kommunikation» mit den Studierenden. Durch Genderstern, Doppelpunkt & Co. sollen neben Frauen immer auch nonbinäre Personen explizit angesprochen werden. Dabei geht es vor allem um eines: bloss niemandem zu nahe zu treten.

Die jüngsten Schlagzeilen lassen die hypersensible Fassade der Uni Basel jedoch gehörig bröckeln.

Wenn es darauf ankommt, schafft es die Uni nicht, konsequent durchzugreifen. Statt klare Kante zu zeigen, lässt sie lieber die betroffenen Studentinnen über die Klinge springen; beide haben ihre akademische Karriere aufgrund der Vorfälle beendet. Das ist fatal.

Auf die Frage, warum man nicht härter durchgegriffen habe, antwortet die Universität Basel vage. Im Interview mit dieser Redaktion versteckt sich die Vizedirektorin Nadja Braun Binder hinter der Empfehlung einer externen Untersuchungsperson. Zudem habe man als öffentlich-rechtliche Institution nicht die gleiche Kündigungsfreiheit wie die Privatwirtschaft. Man könne nicht einfach frei nach der Devise «hire and fire» schalten und walten.

Dabei hätte die Universität bei Machtmissbrauch durchaus Spielraum. Die Personalordnung erlaubt grundsätzlich die Kündigung von Mitarbeitenden, wenn diese eine schwere Pflichtverletzung begangen haben. Statt den geschilderten Fall von Petra F. als genau das zu sehen und die nötigen Schritte zu unternehmen, lässt die Uni den beschuldigten Professor in seinem Amt.

Das rächt sich nun. Denn mit ihrer Laisser-faire-Taktik hat die Uni Basel nun den Nährboden für fragwürdige Aktionen linker Gruppierungen auf dem Campus geschaffen. Wie so oft schallen nun wieder die üblichen Parolen über den Petersplatz: «Nieder mit dem Patriarchat», «nieder mit dem Kapitalismus» oder «nieder mit der Uni». Vergangene Woche hat die Aktivistengruppe Revolutionäres Antipatriarchales Bündnis Basel (RAB) die beschuldigten Professoren mit Plakaten geoutet.

Das geht zu weit. Selbstjustiz ist inakzeptabel. Nicht selten münden derartige Prangeraktionen in den sozialen Medien letztlich in Shitstorms, die nicht nur das Leben der Beschuldigten zerstören, sondern auch das soziale Klima vergiften. Das Narrativ der aufgebrachten Aktivisten, die Uni sei für Studentinnen ein einziger Stolperpfad voller Gefahren, ist zudem realitäts-

fern. Die mutmasslichen sexuellen Übergriffe sind – zum Glück – Einzelfälle.

Umso entschiedener hätte die Uni einschreiten müssen. Dass dies ein gangbarer Weg wäre, zeigt ein Beispiel aus Zürich: Die ETH hat kürzlich entschieden, einen weltbekannten Klimaforscher gehen zu lassen, nachdem acht Personen, unter anderem wegen Annäherungen, Vorwürfe gegen ihn erhoben hatten.

In Basel warten die Betroffenen derweil vergeblich auf einen solch konsequenten Entscheid. Die Uni Basel hat ihre Studierenden im Stich gelassen – und ihre Glaubwürdigkeit zerstört.

**Namen geändert*



Karoline Edrich